

Medienkonferenz vom 10. November 2020

*Es gilt das gesprochene Wort*

## **«Ein schmerzliches Eigentor im dümmsten Zeitpunkt»**

**Valentin Vogt, Präsident Schweizerischer Arbeitgeberverband**

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien, sehr geehrte Damen und Herren

Von Seiten des Schweizerischen Arbeitgeberverbands begrüsse auch ich Sie herzlich zur heutigen Medienkonferenz. Wir haben es soeben gehört: Die Unternehmensverantwortungsinitiative ist ein Hochrisikoexperiment. Sie ist auch kontraproduktiv in Schwellen- und Entwicklungsländern, in denen dort ansässige Schweizer Unternehmen heute schon zu sozialen und ökologischen Verbesserungen beitragen. Die Initiative wird die hehren Versprechen, die sie dem Stimmvolk seit Monaten mit emotionalen Botschaften einzutrichern versucht, nicht einlösen können.

Gewiss ist hingegen, dass der Wirtschaftsstandort Schweiz bei einer Annahme der Initiative nachhaltigen Schaden nimmt – einmal mehr. Ja, auch diese Initiative schneidet eine weitere Scheibe unserer schweizerischen Wirtschaftsordnung ab, die Arbeit und Einkommen für alle ermöglichen soll. Jede Massnahme per se – sprich jedes Salamischeibchen – für sich scheint nicht so dramatisch zu sein. Es ist die Menge an abgeschnittenen Scheibchen, die es aber ausmacht. Genau das ist zum Beispiel am Schweizer Arbeitsmarkt zu beobachten, unlängst mit den verordneten Lohnanalysen oder den staatlichen Vorgaben für den Vaterschaftsurlaub, zuletzt Anfang diesen Monat mit einem gesetzlichen kantonalen Mindestlohn in Genf.

Die Initiative ist aber nicht nur dirigistisch. Sie will im Stil eines Vorschlaghammers die überwältigende Masse der vorbildlichen Schweizer Firmen treffen, anstatt als Präzisionsinstrument einzelne fehlbare Unternehmen zur Rechenschaft zu ziehen. Der Initiativtext ist diesbezüglich glasklar – und nur darüber stimmen wir ab. Selbst bei einer sehr moderaten Umsetzung wären Tausende von Unternehmen von zusätzlichen administrativen Leerläufen und grossen juristischen Risiken betroffen. Diese Risiken würden, auch das ist klar, auf die kleinen Unternehmen – als Unterlieferanten der grossen Unternehmen – verlagert.

Wir müssen uns vergegenwärtigen: Die Schweizer Wirtschaft befindet sich in der tiefsten Rezession der letzten 50 Jahre. Obwohl Entlassungswellen und Firmenkurse durch staatliche Stützungsmaßnahmen bisher weitgehend verhindert werden konnten, hatten wir im September fast 50 Prozent mehr Arbeitslose als im Vorjahresmonat.<sup>1</sup> Nach neusten Zahlen gibt es 3,5mal mehr Kurzarbeitende als auf dem Höhepunkt der Finanzkrise von 2008. Und gemäss dem Bundesamt für Statistik verloren bis Ende des zweiten Quartals ganze 12% der im Gastgewerbe Beschäftigten ihre Stelle. Die zweite Welle wird die Lage über die Herbst- und Wintermonate nochmals verschärfen. Schlimmer als die inländischen Arbeitnehmenden trifft es jene in Schwellen- und Entwicklungsländern, wo es keine ausgebauten Sozialwerke gibt.

---

<sup>1</sup> [SECO - Die Lage auf dem Arbeitsmarkt im September 2020](#)

In einem solchen wirtschaftlichen Umfeld wäre die Annahme der Unternehmensverantwortungsinitiative ein schmerzliches Eigentor im dümmsten Zeitpunkt. Unsere Firmen brauchen in dieser Wirtschaftskrise mehr denn je bessere Rahmenbedingungen und Rechtssicherheit, damit sie die Rezession überstehen und in der Erholungsphase wieder Arbeitsplätze schaffen können.

Zur Bewältigung der Krise ist zudem der Staat auf die Steuerkraft der Unternehmen angewiesen. Der Schuldenabbau aufgrund der Pandemie könnte gemäss Bund mehrere Jahrzehnte dauern. Derweil zahlen international tätige Unternehmen die Hälfte der Unternehmenssteuern des Bundes.<sup>2</sup> Ein Teil dieses dringend benötigten Steuersubstrats wird durch die Initiative direkt gefährdet. Nicht zuletzt bezahlen gerade international tätige und exportorientierte Firmen überdurchschnittlich hohe Löhne und damit auch substanzielle Beiträge an die AHV und an die übrigen Sozialwerke. Auch bei den Sozialversicherungen droht damit ein Kollateralschaden durch diese Initiative.

Meine Damen und Herren, die Schweizer Arbeitgeber stehen bisher und auch in Zukunft zu ihrer Verantwortung im Umwelt- und Sozialbereich. Davon können sie sich im Ausland mit eigenen Augen überzeugen, wenn Sie zum Beispiel Standorte von Schweizer Filialen mit lokalen Unternehmen vergleichen. Die Unternehmensverantwortungsinitiative ist jedoch das falsche Mittel, um in diesen Bereichen noch besser zu werden. Sie würde für juristische Ränkespiele knappe Ressourcen binden, ohne dass dabei etwas herauschaut. Diese Ressourcen könnten in den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen im In- und Ausland fließen. Damit verbessern wir die Lebenssituation von Arbeitnehmenden, so wie wir es schon seit Jahrzehnten tun.

---

<sup>2</sup> [Bundesrat \(2015\) «Steuerstatistische Grundlagen der Unternehmensbesteuerung»](#)